

# beraten und beschlossen

## Bericht aus der Landessynode

XIII. Tagung der 24. Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 26. bis 29. November 2013

### Weiter auf kleinstem gemeinsamen Nenner

Die Landessynode stimmt nach jahrelangen kontroversen Debatten einem abgespeckten Vertrag für die künftige Zusammenarbeit der fünf niedersächsischen Kirchen zu – und hofft auf die Zukunft.

Mehr als vier Jahre lang haben die fünf evangelischen Kirchen in Niedersachsen darüber diskutiert, wie ihre zukünftige Zusammenarbeit aussehen soll. Jetzt ist endgültig klar: Eine einheitliche „Evangelische Kirche in Niedersachsen“ wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Stattdessen wollen Braunschweig, Hannover, Oldenburg, Schaumburg-Lippe und die Evangelisch-reformierte Kirche ihre 1971 gegründete Konföderation abspecken und in vereinfachter Form fortführen.

Alle fünf Landeskirchen haben sich inzwischen für einen Vertrag entschieden, nach dem unter anderem die Synode der Konföderation ersatzlos wegfallen soll – als letztes stimmte die hannoversche Landessynode zu. Sie hatte lange darauf gesetzt, dass sich die Kirchen zu einer „Evangelischen Kirche in Niedersachsen“ zusammenschließen. Dieses Modell scheiterte jedoch am Widerstand der kleineren Kirchen. Kritiker vor allem aus der hannoverschen Landeskirche hatten immer wieder einen zu hohen Abstimmungsbedarf zwischen den Kirchen bemängelt. Zudem würden in der Synode der Konföderation kaum echte Debatten geführt.

Der neue Vertrag sieht zahlreiche Vereinfachungen bei der Gesetzgebung



Der neue Konföderationsvertrag fand große Zustimmung

vor. Zudem soll der zehnköpfige Rat der Konföderation gestärkt werden. Bei der Zusammenarbeit der Kirchen sollen künftig auch Zwischenschritte möglich sein. So haben etwa in diesem Jahr vier von fünf Landeskirchen ein gemeinsames Diakonisches Werk in Niedersachsen gebildet, an dem sich Oldenburg nicht beteiligt. In zehn Jahren werden die Reformen ausgewertet. In der Debatte in Hannover sagte Rolf Bade als Sprecher der Synodalgruppe „Gruppe Offene Kirche“, eine abgespeckte Form sei besser als eine Kündigung der Konföderation, die ebenfalls erwogen worden war. „Wir wollen die übrigen Kirchen nicht überwältigen, (Weiter auf Seite 2)

#### Aus dem Inhalt

Bischof für Segnung  
gleichgeschlechtlicher Paare  
Seite 4

Beziehung zum Judentum  
auf neuer Grundlage  
Seite 6

Mehr Rechte für Lektoren  
und Prädikanten  
Seite 10

wir wollen sie aber mit Argumenten von einer Evangelischen Kirche in Niedersachsen überzeugen.“

Auch Fritz Hasselhorn betonte: „Die Einheit der niedersächsischen Kirchen kann wachsen, aber nicht durch Kündigung, sondern dort, wo wir Gemeinsamkeiten wagen, wo wir gemeinsam Segel setzen.“

Der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, hob hervor, der neue Vertrag bringe immerhin „Bewegung und Fortschritt“, und das sei besser als Stillstand und trotziges Beharren: „Ein Ja zur Modifikation des Vertrages ist, bei aller Zurückhaltung, Enttäuschung, vielleicht manchmal sogar Verärgerung, die vernünftiger Entscheidung als die Kündigung.“

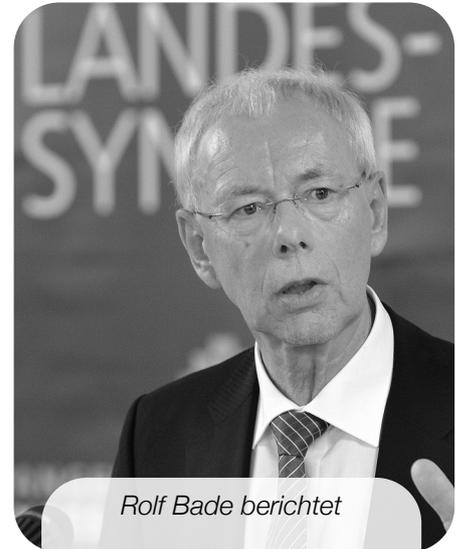
Die Landessynode fasste den Beschluss bei einer Enthaltung. Die Kirchen wollen den Vertrag im nächsten Jahr unterzeichnen. Sie repräsentieren zusammen fast vier Millionen Protestanten in Niedersachsen. Davon gehören rund drei Viertel zur hannoverschen Landeskirche.

Michael Thiel sagte als Sprecher der Synodalgruppe „Lebendige Volkskirche“, die Zeit für eine gemeinsame Kirche sei wohl noch nicht reif. Es schmerze, dass die Konföderation künftig kein Parlament mehr habe. Doch mit dem Diakonischen Werk in Niedersachsen und dem gemeinsamen Predigerseminar in Loccum seien Zeichen einer besseren Zusammenarbeit der Kirchen gesetzt. Der neue Vertrag könne nur ein Übergang sein.

Klaus Kastmann vom Kirchensenat sprach sich als Einziger vehement gegen den neuen Vertrag aus. Es wäre sinnvoller, das Geld, das für Doppelstrukturen ausgegeben werde, an der Basis einzusetzen, sagte er. Eine Änderung im Denken werde aber wohl erst einsetzen, „wenn wir bei den Kirchensteuereinnahmen im Tal angekommen sind“.

## Unterricht wächst zusammen

Die evangelische und katholische Kirche wollen beim Religionsunterricht an den Schulen in Zukunft enger zusammenarbeiten. An immer mehr Schulen würden Schüler beider Konfessionen gemeinsam unterrichtet, sagte der Vorsitzende des Bildungsausschusses, Rolf Bade. „In den Schulen wird es immer schwieriger, die verschiedenen Konfessionen im Religionsunterricht abbilden zu können.“ Darum solle der konfessionell-kooperative Unterricht von der Grundschule bis zum Abitur von der Ausnahme zur Regel werden. Bade erinnerte daran, dass sich die Landessynode für den Erhalt des konfessionellen Religionsunterrichts „ohne wenn und aber“ ausgesprochen hat. Dieser werde durch das Grundgesetz garantiert. Ein religionskundlicher Unterricht ohne Bekenntnisgrundlage sei keine Alternative. „Die schulische Wirklichkeit ist aber etwas anderes“, räumte er ein. Der Unterrichtsausfall sei nach wie vor ein großes Problem. „Jede Religionsstunde, die ausfällt, ist eine zu viel“, sagte Bade. „Und jedes Kind, das sich vom Religionsunterricht abmeldet, ist eines zu viel.“ Die Alternative zum Religionsunterricht dürfe deshalb nicht die Freistunde sein, forderte die Lan-



Rolf Bade berichtet

dessynode. Als verbindliche Alternative müsse das Fach „Werte und Normen“ weiterentwickelt werden. Die Kirche müsse die Ausbildung der Religionslehrer mit allen Kräften unterstützen und früh Kontakt zu den Studierenden suchen, sagte Bade.

Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gägen-Track teilte mit, dass für neue Master-Absolventen im Lehramtsstudium Evangelische Religion außer für die künftigen Gymnasiallehrer die alten Sprachen nicht mehr zwingend seien. Diese Voraussetzung hatte vorher manche Interessenten abgeschreckt.

## Werbung um Nachwuchs geht weiter

Auch die 25. Landessynode wird sich weiter damit beschäftigen, wie angesichts drohender Vakanzen der Pfarrberuf attraktiver werden kann. Das beschloss die Landessynode mit großer Mehrheit. Michael Gierow rief dazu auf, neue Wege zu erproben: „Kooperationen kann man nicht befehlen, man muss sie ausprobieren.“ Benachbarte Pfarrhäuser könnten dabei genauso

zusammenarbeiten wie unterschiedliche Berufsgruppen sowie Haupt- und Ehrenamtliche. Das müsse in „Friedenszeiten“ eingeübt werden, weil es sonst nicht funktioniere.

Rita Steinbreder stellte den Antrag, das Landeskirchenamt und der Landessynodalausschuss sollten prüfen, wie Nachwuchs für alle kirchlichen Berufe gewonnen werden könne.

## Surborg: Demokratie stärken

Der Vorsitzende des Landessynodalausschusses, Jörn Surborg, hat für mehr Demokratie in der Landeskirche plädiert. Die Landessynode müsse auch Entscheidungen treffen können, ohne dass andere Organe der Kirchenleitung von vornherein daran beteiligt seien, sagte er in einem Rückblick auf die abgelaufene Legislaturperiode: „Gewaltenteilung dient der Transparenz.“ Der LSA-Vorsitzende forderte für die künftige 25. Landessynode eine starke Rolle seines Ausschusses. Dieser müsse wieder stärker ein Gegenüber zum Landeskirchenamt bilden. Surborg zeigte sich zufrieden, dass bei der Wahl zur Landessynode Ende September die Wahlbeteiligung von 56 auf 66 Prozent gestiegen sei. Leider habe es in vier Wahlkreisen Verfahrensfehler gegeben, die jedoch zumeist das Ergebnis nicht verändert hätten. Allerdings musste in einem Wahlkreis ein Teil der Wahl wiederholt werden – das Ergebnis bestätigte sich jedoch. Surborg betonte, wie wichtig die demokratische Legitimation der Wahl sei. Er schlug weiter vor, den Beruf des Pfarrers attraktiver zu machen. Pasto-



Jörn Surborg

rinnen und Pastoren sollten künftig ab dem 53. Lebensjahr automatisch in eine höhere Vergütungsstufe rücken, wie dies bereits bis 1997 üblich war. Pfarrer verdienen etwa soviel wie Lehrer. Die Landeskirche fürchtet einen Nachwuchsmangel. Sie beschäftigt rund 1800 Pastorinnen und Pastoren.

## Krämer: Finanzwetter weiter sonnig

In der Aussprache zum LSA-Bericht konnte LKA-Vizepräsident Rolf Krämer eine gute Nachricht vermelden: Die Kirchensteuer-Erträge werden in diesem Jahr voraussichtlich wieder die Planwerte überschreiten. Bis zum Jahresende rechnet er mit Einnahmen von 495 Millionen Euro – das könne zu einem Überschuss von 30 Millionen führen. „Damit konnten wir nicht rechnen.“ Ursache sei die gute Wirtschaftslage in Niedersachsen. Krämer warnte aber

vor zu viel Optimismus: „Selbst wenn die Wirtschafts-Lokomotive unter Vollampf weiterfährt, sind wir gut beraten, wenn wir unseren Konsolidierungskurs nicht infrage stellen.“ Allenfalls könne das Einspartempo etwas abgebremst werden. Langfristig nähmen die Finanzprobleme aber zu. Dafür müssten schon jetzt die Weichen gestellt werden. Die Überschüsse würden dringend für die Altersversorgung der Ruhestandler gebraucht.

## Riesige Lücken bei Altersversorgung

Bei der Altersversorgung der Arbeitnehmer in Kirche und Diakonie bestehen offenbar große Deckungslücken. Für die privatrechtlich Beschäftigten fehlen in der Zusatzversorgungskasse der Landeskirche 171 Millionen Euro, die bis 2023 aufgebracht werden müssen, erläuterte Gerhard Tödter für den Finanzausschuss. Er schlug vor, die Mitarbeiter mit einem Prozent des Gehaltes zu beteiligen – darüber müsse verhandelt werden. Zurzeit bringen die Arbeitgeber allein vier Prozent auf.

Kerstin Dede sagte, für höhere Einkommen sei das kein Problem, wohl aber für Geringverdiener. „Mir ist klar, dass wir etwas tun müssen, aber es bleibt ein ungutes Gefühl.“ Dede erinnerte an Berichte über Altersarmut. Sie und Theda Kruse betonten, die Zusatzversorgung müsse erhalten bleiben.

Jens Rannenberg dagegen hielt die Eigenbeteiligung noch für zu gering, da die Einrichtungen schon hohe Kosten tragen müssten. Thorsten Tillner sagte, eine Eigenbeteiligung sei in anderen Kirchen längst üblich.

Auch in der Norddeutschen Kirchlichen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte (NKVK) gibt es Probleme: Dort tut sich nach Berechnungen eines Mathematikers bis 2061 eine Deckungslücke von 455,1 Millionen Euro auf. „Die Zahl der Ruhestandler wird irgendwann die der Aktiven übersteigen“, sagte Tödter.

Die Landessynode befürwortete den Weg, 2014 und 2015 zwei Sonderzahlungen von jeweils 104,1 Millionen Euro zu leisten. Zudem erhebt die NKVK ab 2014 ein zusätzliches Sanierungsgeld. Jens Rannenberg forderte, die Entwicklung aufmerksam zu beobachten, weil das Geld an anderer Stelle fehlen könnte.

## Von der Segnung bis zur Flüchtlingspolitik

**Landesbischof Meister forderte vor der Landessynode eine neue Flüchtlingspolitik. Er ging auf die Situation der Landwirtschaft ebenso ein wie auf die umstrittene Segnung homosexueller Paare.**

Landesbischof Ralf Meister hat sich in seinem Bischofsbericht erneut für die Segnung gleichgeschlechtlicher Paare ausgesprochen. Bereits im Sommer hatte er angekündigt, dass die Landeskirche an einer speziellen Form für Segnungsgottesdienste arbeite, die sich aber von traditionellen Traugottesdiensten unterscheidet. Nach einem Zeitungsinterview habe er allerdings kritische Zuschriften bekommen, in denen ihm unter anderem „Verrat an der Familie“ vorgeworfen wurde, sagte Meister.

Die Angst, dass der Ehe von Mann und Frau mit der Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften etwas genommen werde, könne er nicht nachvollziehen, sagte Meister: „Meine Ehe wird doch nicht relativiert, nur weil ein gleichgeschlechtliches Paar, das seine Partnerschaft in Verantwortung und Treue führen will, den Segen Gottes zugesprochen bekommt.“

In der Debatte gehe es auch um ein Ringen um das richtige Verständnis der Bibel. Dabei müsse jedoch der kulturgeschichtliche Hintergrund der biblischen Texte im Blick bleiben. Der Landesbischof erinnerte daran, dass früher manche auch bei der Ordination von Frauen zu Pastorinnen einen Dammbuch gesehen hätten.

Angesichts des Flüchtlingsdramas vor der Mittelmeerinsel Lampedusa forderte Meister eine neue europäische Flüchtlingspolitik. „Lampedusa entscheidet über die Humanität in Europa“, sagte er. Für ein gemeinsames Verfahren zur Aufnahme von politisch Verfolgten werde europäische Verantwortung benötigt: „Zum anderen braucht es viel stärkere Unterstützung



*Landesbischof Meister spricht vor der Landessynode*

der Regionen, aus denen die Menschen auswandern.“

In seinem Bericht kritisierte Meister außerdem eine zu intensive Tierhaltung und die Massenproduktion von Fleisch. Es sei mit nachhaltiger Erzeugung und dem bewussten Umgang mit natürlichen Grundlagen nicht zu vereinbaren, wenn der Fleischexport „unter fragwürdigen Haltungsbedingungen und mit Export in afrikanische Länder“ erfolge. Meister forderte zugleich langfristige Perspektiven, damit die Landwirte ihre Existenz sichern könnten. Er würdigte die bäuerliche Landwirtschaft, die auch die Zukunft der folgenden Generationen im Blick habe.

Mit Blick auf die öffentliche Debatte um Kirche und Geld unterstrich der Landesbischof erneut die Transparenz der landeskirchlichen Finanzen. Er sei froh darüber, dass sich in der Diskussion um die Staatsleistungen für die Kirchen Politikerinnen und Politiker hinter diese Rechtsverpflichtungen gestellt hätten. „Von der Politik aus allen Fraktionen höre ich eine große Akzeptanz und

Respekt für das umfangreiche Engagement der Kirchen in unserer Gesellschaft.“

Abschließend äußerte sich der Landesbischof zur Suche nach einem atomaren Endlager in Deutschland. Er rechne mit einer baldigen Berufung der Mitglieder für die Endlagerkommission durch den Bundestag. Vom Rat der EKD sei er als Kirchenvertreter vorgeschlagen worden, sagte Meister. Er sei dankbar für diese Entsendung und verstehe sie auch als eine Verantwortung gegenüber den Menschen im Wendland. Von der Kommission erwarte er Besonnenheit und einen entschiedenen Willen zur Transparenz. Nur so gebe es eine Chance, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen.

Das „Bischöfliche Halleluja“ galt diesmal der 82-jährigen Gisela Findling aus Lübbow bei Lüchow. Sie habe während der Flut im Sommer unermüdlich Handtücher für die Helfer gewaschen. Das habe ihn sehr berührt, sagte Meister: „Jeder dient mit seinen Gaben.“

## Das Plenum zum Bischofsbericht:

Gerd Bohlen wünschte sich, dass Meister ein Bischof aller Gemeindeglieder bleibe – auch für diejenigen, die die Bibel anders verstünden.

Martin Runnebaum betonte, dass das Thema Homosexualität kontrovers bleiben müsse. „Ich wünsche mir, dass unsere Kirche eine ringende bleibt und niemanden ausschließt.“

Magdalena Hentschel berichtete von ihrer Gemeinde in Laatzen bei Hannover, die seit Jahren die Ökumenische Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“ (HuK) beherbergt. „Diejenigen, die bei uns waren, haben dafür gekämpft, dass sie als Christen gesehen werden.“ Das vom Landesbischof zitierte Bibelwort aus dem Galaterbrief „Denn ihr seid alle durch den Glauben Gottes Kinder in Christus Jesus“ habe sie zu Tränen gerührt.

Zum Thema Flüchtlinge berichtete Michael Thiel von seiner indischen Schwiegertochter und ihren Problemen mit den Behörden. „Ich habe persönlich erlebt, wie schnell Diskriminierung entsteht.“ Auf seinen Antrag hin soll das Landeskirchenamt prüfen, ob für die Stärkung der Flüchtlingsarbeit möglichst ab 2014 mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden könnten.

Philipp Meyer betonte, die Flüchtlingspolitik werde ein Weltthema des Jahrhunderts bleiben: „Wenn wir das als Kirche nicht wahrnehmen, verlieren wir unseren Auftrag.“

Zum Thema Landwirtschaft betonte Eckart Richter, die Kirche habe in Dorfgemeinschaften eine wichtige Aufgabe als Bindeglied. In der Gesellschaft gebe es zu wenig Bewusstsein für die Landwirtschaft. Zu oft redeten die Menschen über die Bewahrung der Schöpfung und kauften trotzdem billiges Fleisch im Supermarkt.

## Resolution für Flüchtlinge

Die Landessynode fordert einen besseren Schutz für Flüchtlinge. Dazu gehörten menschenwürdige Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, heißt es in einem Antrag, den Imke Guse einbrachte. In dem Aufruf an Politik und Kirche setzt sich die Landessynode für faire Asylverfahren ein. Sie prangert an, dass Flüchtlinge an den Grenzen Europas zu Tode kommen.

Nach Meinung der Landessynode muss im Mittelmeer die Seenotrettung von Flüchtlingen und nicht der Schutz der europäischen Grenzen an erster Stelle stehen. Die Armut besonders in Afrika sei eine Ursache für die Flucht von Menschen und müsse entschlossen bekämpft werden. Die Landessynode ruft die mehr als 1200 Kirchen-

gemeinden auf, sich für Flüchtlinge einzusetzen und sie im Alltag zu unterstützen. Dabei sollten die Kirchengemeinden auch finanziell unterstützt werden, stellte Guse in Aussicht. „Wir denken dabei an einen Betrag von insgesamt bis zu zwei Millionen Euro.“ Eine Summe nenne der Antrag aber bewusst nicht, weil die nächste Landessynode die Haushaltshoheit habe. Die Landessynode will außerdem, dass gemeinsam mit dem niedersächsischen Missionswerk ein Projekt zur Armutsbekämpfung in Afrika initiiert wird. Auch dafür soll es Mittel geben. Susanne Briese regte an, dass die kommende Landessynode eine Arbeitshilfe für die Gemeinden erarbeiten könne. Darin sollten Argumente gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen die Angst vor Flüchtlingen enthalten sein.

## Abt-Sitz in Landessynode entfällt künftig

Ein neuer Abt zu Loccum wird künftig nicht mehr automatisch Mitglied der Landessynode sein. Diese beschloss mit zwei Gegenstimmen unter anderem eine entsprechende Verfassungsänderung. Hintergrund ist ein neues Kirchengesetz, das die Beziehungen zwischen der Landeskirche und dem Kloster Loccum regelt.

Der feste Synodensitz des Abtes ging auf die besondere Rolle zurück, die dieser seit dem 19. Jahrhundert in der Landeskirche innehatte: Er war ihr höchster Repräsentant, bis 1925 das Amt des Landesbischofs eingeführt wurde.

Der Konvent des Klosters wählt den Abt auf Lebenszeit. Die Neuregelung soll in Kraft treten, wenn für Horst Hirschler ein Nachfolger gewählt wird.

Hirschler sagte, es sei schmerzvoll, im Jahr des 850-jährigen Bestehens des Klosters eine derartige Veränderung erleben zu müssen. Sein Gegenantrag wurde mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Es hieß, die gewählten Mitglieder seien der Kern der Landessynode. Für alle Berufungen und Mitglieder qua Amt seien besondere Begründungen nötig. Die Begründung für den Sitz des Abtes sei bereits mit der Wahl des ersten Landesbischofs 1925 entfallen.

Karin Aulike sprach sich für den Verbleib des Abtes in der Landessynode aus. Für sie sei der Abt-Sitz eine „kirchliche Antiquität und Kostbarkeit“. Jörn Surborg betonte, dass es sich keinesfalls um eine persönliche Entscheidung gegen den amtierenden Abt handele.

# Kirche stellt Beziehung zum

Seit 20 Jahren hat die Landessynode immer wieder über die besondere Verbindung zwischen Christen und  
Jetzt hat sie, angestoßen von Landesbischof Ralf Meister, nach einer bewegenden Debatte einen his

Die Landeskirche müsse sich gegen jede Form von Antisemitismus und Judenfeindschaft erheben, sagte Bischof Meister zu Beginn der Aussprache: „Sie ist dazu aufgefordert, gegen diejenigen Kräfte zu kämpfen, die Juden und das Judentum diskreditieren.“

Das Kirchengesetz wurde einstimmig beschlossen. Danach wird ein entsprechender Passus in die Kirchenverfassung aufgenommen (zum Wortlaut siehe Kasten rechts).

Der Text nimmt auch Bezug auf den Antisemitismus der NS-Zeit. Abt Horst Hirschler regte an, konkret von einer „Schuld“ der Kirche zu sprechen, weil sie geschwiegen habe, als die Synagogen niedergebrannt wurden. Der ursprüngliche Entwurf sprach von „schuldhaften Verfehlungen“.

Ganz still wurde es im Plenarsaal, als der jüdische Landesrabbiner Jonah Sievers ans Rednerpult trat. Er be-



Rabbinder Jonah Sievers und Bischof Ralf Meister

grüßte den Beschluss und dankte der Landessynode für die Verfassungsänderung: „Theologisch wird der Mission unter Juden damit eine Absage erteilt.“ Dies sei ihm besonders wichtig. Der hannoversche Wortlaut gehe dabei noch weiter als der anderer Kirchen in Deutschland. „Jetzt muss die Verfas-

sungsänderung auch im Leben der Gemeinden verankert werden, sonst ist sie unvollständig.“ Die jüdischen Gemeinden seien dabei zum Dialog bereit. Mit Sievers sprach erstmals ein Rabbiner vor der Landessynode. Diese spendete ihm langen Applaus. Sievers war mit zwei Rabbinerkollegen gekommen.

## Wichtiges in Kürze

**Der ehemalige Sprengel Ostfriesland** heißt jetzt Ostfriesland-Ems. Die Landessynode beschloss, ihn umzubenennen, weil seit der Reform von 2007 der Kirchenkreis Emsland-Bentheim zum Sprengel gehört. Gunda Dröge aus Meppen sagte, in den emsländischen Gemeinden sei die Gemeinschaft mit dem nördlichen Nachbarn Ostfriesland ein „hochemotionales“ Thema. Mit Emsland-Bentheim sei der flächenmäßig größte Kirchenkreis der Landeskirche zum Sprengel gekommen. Er bringe ökumenische Erfahrungen ein.

**Das Gesetz zum Finanzausgleich** ist von der Landessynode präziser formuliert worden. Dabei soll der Unterschied zwischen der Selbstverwaltung kirchlicher und kommunaler Körperschaften deutlicher werden, erläuterte Fritz Haselhorn. Die Zuweisung von Geldmitteln wird durch die Formulierung „solidarisch, proportional und dem gemeinsamen Ziel entsprechend“ näher bestimmt. Zudem werden Kirchenkreise zu einer Gebäudebedarfsplanung verpflichtet. Ihre Planung wird mit der Visitation verknüpft.

**Das neue Diakonische Werk** in Niedersachsen nimmt 2014 Fahrt auf, und die Landessynode hat jetzt die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen. Mit dem neuen Gesetz erkennt die Landeskirche das Werk formell an und stellt ihr eigenes Diakoniesgesetz entsprechend um. Hannover und Braunschweig lassen ihre Diakonischen Werke in dem neuen Werk aufgehen, Schaumburg-Lippe und die reformierte Kirche schließen sich als Mitglieder an. „Das Werk ist auf einem guten Weg“, sagte Thorsten Tillner.

# Judentum auf neue Grundlage

Die Landeskirche diskutiert. Dabei ging es auch um die Schuld und Verantwortung der Christen nach dem Holocaust. Der historische Beschluss gefasst: Die Verbindung zum Judentum wird in der Kirchenverfassung verankert.

Für den Ausschuss für Theologie, Kirche und Mission hatte Gerd Bohlen die Verfassungsänderung eingebracht. „Wer an Jesus Christus glaubt, muss sich mit Israel befassen“, sagte er in einer eindringlichen Rede: „Das Thema greift mich an – als Christ und als Deutscher.“ Bohlen verwies darauf, dass die Pogrome gegen Juden auch eine christliche Wurzel hätten.

75 Jahre nach der Reichspogromnacht müsse das Verhältnis zum Judentum neu bestimmt werden: „Die Anfänge der Kirche liegen in der Geschichte Gottes mit dem jüdischen Volk.“ Deshalb sei es „zwingend und dringend erforderlich, dass wir unsere Wurzeln kennen und unsere Identität von daher profilieren“. Bohlen erinnerte an ein Paulus-Wort: „Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich.“ Bischof Meister sprach von einer „besonderen Stunde im Synodengesche-

hen“. Erstmals habe die Landeskirche ihre Verfassung von 1925 um einen theologischen Zusatz ergänzt.

Auch Michael Thiel bezeichnete die Debatte als eine „Sternstunde“ der Landessynode. Auf seinen Antrag wurde einstimmig beschlossen, sie schriftlich zu dokumentieren. Jörn Surborg regte an, entsprechende Arbeitshilfen auch Schülern zur Verfügung zu stellen.

Die Landessynode hatte monatelang um den konkreten Wortlaut der Verfassungsänderung gerungen. Dabei war strittig, inwieweit sie auf die Judenmission Bezug nehmen und ob sie das Wort Israel verwenden sollte, das zugleich Name eines Staates ist.

An den Beratungen waren auch zwei Rabbiner beteiligt. In den vergangenen Jahren hatten bereits 13 der 20 deutschen Landeskirchen ähnliche Formulierungen in ihre Verfassungen eingefügt.

## Im Wortlaut

Folgendermaßen heißt es künftig in der Verfassung:

„Zeugnis, Mission und Dienst erfolgen in Gemeinschaft mit anderen christlichen Kirchen und im Zeichen der Treue Gottes zum jüdischen Volk.“

(Artikel 1, Absatz 2, Satz 2)

„Die Landeskirche ist durch Gottes Wort und Verheißung mit dem jüdischen Volk verbunden. Sie achtet seine bleibende Erwählung zum Volk und Zeugen Gottes. Im Wissen um die Schuld unserer Kirche sucht die Landeskirche nach Versöhnung. Sie fördert die Begegnung mit Juden und Judentum.“

(Artikel 4, Absatz 4)

**Die Neustädter Hof- und Stadtkirche** in Hannover ist als neuer Tagungsort der Landessynode im Gespräch. Künftig könnten dort möglicherweise die Sitzungen stattfinden, sagte Präsident Jürgen Schneider. Der Ort liege mitten in der Stadt und schaffe dadurch mehr öffentliche Präsenz. Der Stadtkirchenverband will die Kirche zur Tagungs- und Bildungskirche umbauen lassen. Die Landessynode könne sich dort für zwei Wochen einmieten, sagte Schneider. Die Tagungsräume in der Henrietenstiftung seien inzwischen veraltet.

**Bis zu vier Jugenddelegierte** können künftig an den Sitzungen der Landessynode teilnehmen. Sie müssen ehrenamtlich in der Jugendarbeit tätig und bei ihrer Berufung jünger als 25 Jahre sein. Sie werden von der Landesjugendkammer vorgeschlagen und haben Rederecht, aber kein Stimmrecht. „Das tut der synodalen Arbeit sicherlich gut“, sagte Thomas Reisner für den Rechtsausschuss. Andere Landeskirchen hätten bereits gute Erfahrungen damit gemacht. Die Landessynode änderte dafür ihre Geschäftsordnung.

**Das Haus kirchlicher Dienste** und die Akademie Loccum sollen weiter alle zwei Jahre der Landessynode über ihre Arbeit berichten. Federführend sollte dabei künftig der Bildungsausschuss sein, weil es um inhaltliche Fragen gehe, sagte Fritz Hasselhorn. Die Kennzahlen, mit denen Reichweite und Qualität der Arbeit der beiden Einrichtungen gemessen werden, hätten sich zwar bewährt. Die Hoffnung, dass die Landessynode die Einrichtungen anhand dieser Zahlen steuern könne, sei aber unrealistisch.

# Angebote der Sterbebegleitung ausweiten

**In der Hospizarbeit und Palliativversorgung hat sich in den vergangenen Jahren viel getan. Doch noch immer gibt es Lücken bei der angemessenen Begleitung sterbender Menschen.**

Vor allem in Altenheimen sei eine würdige Sterbebegleitung zunehmend gefragt, unterstrich der stellvertretende Diakonie-Direktor Jörg Antoine. „In Pflegeeinrichtungen sterben 20-mal mehr Menschen als in Hospizen.“ Die Pflegenden müssten mehr Zeit für Zuwendung haben und gezielt fortgebildet werden. Ein entsprechendes Modellprojekt der Diakonie in Göttingen stöße auf gute Resonanz und solle möglichst flächendeckend angeboten werden.

Dazu solle für die Jahre ab 2015 eine Anschubfinanzierung von 125 000 Euro im Jahr geprüft werden. „Das ist

auch eine Stärkung des diakonischen Profils für die Einrichtungen“, betonte Antoine.

Ein zweites Modellprojekt habe in den vergangenen beiden Jahren dazu beigetragen, die Seelsorge zu einem festen Bestandteil der ambulanten Hospizarbeit zu machen. Kirchenkreise konnten sich Antoine zufolge dafür bewerben, dass die Landeskirche Projektstellen mitfinanziert. Pastoren oder Diakone wurden zu Netzwerkern. Sie sorgten dafür, dass Ärzte und Pflegenden Ansprechpartner hatten, wenn sie Seelsorger für ihre Patienten und deren Angehörige suchten.

Gunda-Marie Meyer erläuterte, vor allem in der Stadt seien die Pastoren nicht immer über Sterbende in ihrer Gemeinde informiert. Modelle in den Kirchenkreisen, die dies ändern, sollen nach Vorstellungen der Diakonie ab 2015 mit insgesamt bis zu 300 000 Euro im Jahr gefördert werden.

„Das beste Medikament ist die Zuwendung zum Sterbenden“, sagte Meyer. Sie zitierte den verstorbenen Regisseur Christoph Schlingensiefel, der in einem Buch seine letzte Lebensphase beschrieben hat und die Begleitung, die er dabei erfuhr: „So schön wie hier kanns im Himmel gar nicht sein.“

## Diakonie vor neuen Herausforderungen

Der Diakonie- und Arbeitsweltausschuss legte mit seinem Abschlussbericht seinem Nachfolgegremium einige Themen ans Herz. Für die Altenarbeit müsse ein neues Modell entwickelt werden, sagte der Vorsitzende Thorsten Tillner. „Das Alter differenziert sich. Die neuen Alten finden sich in der klassischen Arbeit der Gemeinden nicht wieder.“ Ein neues Konzept ist nach Angaben von LKA-Vizepräsident Arend de Vries bereits in Arbeit.

Auch die Inklusion werde die Arbeit der Kirchengemeinden verändern, sagte Tillner. Große Behinderten-Einrichtungen gründeten externe Gruppen, und es komme nun darauf an, wie Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt an Gemeindeangeboten teilnehmen könnten. Im Diakonischen Werk gibt dazu seit November eine neue Referentin praktische Tipps.

Auch die Flüchtlingssozialarbeit bleibe angesichts eines weiterhin hohen Beratungsbedarfs ein aktuelles Thema, sagte Tillner. Gleiches gelte für die anerkannte Arbeit der inzwischen 40 Familienzentren, für die eine dauerhafte Finanzierung auch unabhängig von kommunalen Zuschüssen sichergestellt werden müsse.

Der Ausschuss begrüßt Tillner zufolge die kirchengemäßen Tarifverträge. Die Diakonie und die Gewerkschaft ver.di in Niedersachsen haben dafür den Weg bereitet. Zugleich sieht er im scharfen Wettbewerb vor allem in der Altenhilfe eine bleibende Herausforderung. Die Mitgliederversammlung des Diakonischen Werkes plane eine Eingabe an die Landessynode, damit diakonische Einrichtungen zugunsten ihres besondern Profils finanziell besser ausgestattet werden könnten.

## Erste Auswertung der Wahlen

Die 25. Landessynode soll sich weiter mit einer Analyse der Kirchenvorstandswahlen beschäftigen. Dazu gehöre, eine entsprechende Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD weiterzuführen und einen Leitfaden zu erstellen, wie künftig Kandidaten gewonnen werden können.

LKA-Vizepräsident Arend de Vries stellte erste Ergebnisse der Studie vor: Kirchenvorstände weckten häufig den Eindruck, eine Gruppe von Gleichgesinnten zu sein, die sich mit Außenseitern schwer tue. Querdenker blieben außen vor. Wichtig sei, infrage kommende Personen frühzeitig anzusprechen und sie an Entscheidungen in den Gemeinden zu beteiligen. Jeder KV müsse überlegen, welche Qualifikationen er für seine Arbeit brauche, und dann gezielt Kandidaten suchen.

## Kindertagesstätten profilieren sich

**Rund die Hälfte der Kindertagesstätten ist bereits aus der Trägerschaft einer Kirchengemeinde in die eines Kirchenkreises oder Verbandes gewechselt – aus Sicht der Diakonie ein Modell mit Zukunft.**

Die neuen Trägermodelle für die Kindertagesstätten haben sich aus Sicht des Diakonischen Werks bewährt. Die Anforderungen an die Träger nähmen zu, sagte der stellvertretende Diakoniedirektor Jörg Antoine. Pädagogisch sei etwa der Anspruch auf Krippenplätze für unter Dreijährige eine Herausforderung. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht würden die Verhandlungen mit den Kommunen schwieriger. „Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, müssen wir gut aufgestellt sein.“

Mittlerweile sind Antoine zufolge in 34 der 49 Kirchenkreise die neuen Modelle eingeführt worden. Weitere elf Kirchenkreise seien in der Planungsphase. Zu Beginn des laufenden Kindergartenjahres habe rund die Hälfte der 636 Kindertagesstätten eines der neuen Modelle umgesetzt. Die Tagesstätten werden dabei nicht mehr in Trägerschaft der Kirchengemeinden geführt. Träger sind die Kirchenkreise oder Verbände aus mehreren Gemeinden. Dies bedeute nicht, dass die Verbindung zur



Jörg Antoine

Kirchengemeinde verloren gehe, betonte Antoine. Für die Nähe sei es wichtig, dass etwa ein Pastor im Kindergarten oft präsent sei. Ob der Kirchenvorstand auch Anstellungsträger ist, sei dagegen nicht vorrangig. „Die stärkere Konzentration auf die inhaltliche Arbeit bietet Chancen.“

Mit der Einführung einer pädagogischen und einer betriebswirtschaftli-

chen Leitung für jeden Trägerverband habe es einen Qualitätssprung gegeben. Die Landeskirche unterstütze die Kirchenkreise mit einer Pauschale für die pädagogische Leitung.

Auch Carsten Wydora zog ein positives Fazit. Die Finanzierung des Modells sei aber noch nicht auskömmlich, mahnte er. Auf seinen Antrag hin soll die bereits laufende Evaluation der neuen Modelle fortgesetzt werden. In der nächsten Amtszeit sollen die Ausschüsse prüfen, ob Mittel für die pädagogischen Leitungen aufgestockt und bisher nicht unterstützte Gruppen in die Förderung einbezogen werden können. Auch bei den Tagesstätten, die weiter in Trägerschaft der Gemeinden sind, soll eine fachliche Begleitung und auskömmliche Finanzierung im Blick bleiben, dazu soll das Landeskirchenamt einen Vorschlag machen. Mehrere Synodenmitglieder warben dafür, sich bei der Politik für eine bessere Personalausstattung besonders bei den Krippen einzusetzen.

## Präventionskonzept: Null Toleranz bei sexueller Gewalt

Um Kinder und Jugendliche vor sexueller Gewalt zu schützen, habe die Landeskirche mittlerweile ein umfangreiches Präventionskonzept und Hilfsangebote erarbeitet, sagte Oberlandeskirchenrätin Kerstin Gäfgen-Track. Jetzt komme es darauf an, dieses Konzept in „die Herzen und Köpfe“ zu bringen. „Wir haben uns zunächst auf die drei wichtigsten Arbeitsfelder konzentriert: Kitas, Schulen und die Arbeit mit Kindern und Jugendli-

chen.“ In nächster Zeit solle der Fokus auf den Kindergottesdienst und die kirchenmusikalische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen ausgeweitet werden. Dabei sind nach der Bewertung Gäfgen-Tracks die erweiterten Führungszeugnisse hilfreich, die Mitarbeiter vorlegen müssen. Sie schafften aber keine Garantie. Es bleibe wichtig, Mitarbeiter zu kennen und einschätzen zu können und im Krisenfall nach der „Null-Toleranz-Linie“ zu reagieren.

Bernd Rossi sagte, die Landeskirche habe bereits viel erreicht, wenn es darum gehe, für das Thema „Sexuelle Gewalt“ zu sensibilisieren. „Viele andere Träger sind nicht so weit.“ Er mahnte: „Die Führungszeugnisse suggerieren eine Sicherheit, die nicht gewährleistet wird.“ Jörn Surborg entgegnete, die Führungszeugnisse wären schon dann hilfreich, „wenn sie dazu beitragen, dass Menschen, die auffällig waren, sich nicht bewerben“.

## Mehr Rechte für die Prädikanten

**Das Thema war lange umstritten – jetzt hat die Landessynode einer Gesetzesänderung zugestimmt: Künftig dürfen Prädikanten auch das Abendmahl austeilen.**

Künftig können auch Ehrenamtliche in der Landeskirche Abendmahlsfeiern leiten. Die Landessynode hat eine Gesetzesänderung beschlossen, nach der auch die Prädikantinnen und Prädikanten nach einer entsprechenden Ausbildung damit beauftragt werden können. Dies war zuvor nur in Einzelfällen möglich.

Gerd Bohlen erinnerte daran, dass darüber kontrovers diskutiert wurde. „Wenn das Verfahren und die Zuständigkeiten geregelt sind, ist das unseres Erachtens theologisch nicht fragwürdig“, sagte der Vorsitzende des Ausschusses für Theologie, Kirche und Mission. Mit der Erweiterung der Aufgabe werde die Bedeutung der Ehrenamtlichen im Dienst der Verkündigung noch einmal herausgestellt, betonte er.

Das Gesetz erweitert auch die Altersgrenze für die Prädikanten und Lektoren. Frauen und Männer können



*Gerd Bohlen berichtet über die Beratungen*

danach bis zu ihrem 72. Lebensjahr, im Zweifelsfall auch bis zum 75. Lebensjahr mit dem Ehrenamt beauftragt bleiben, anstatt wie bisher nur bis zum Alter von 68 Jahren. Außerdem sollen die Lektoren und Prädikanten eine angemessene Aufwandsentschädigung von nach Möglichkeit 20 Euro bekom-

men. In der Landeskirche gibt es Bohlen zufolge insgesamt 1771 Frauen und Männer im Lektoren- und Prädikantendienst. Alwin Pfanne, selbst Prädikant, dankte für „das anvertraute hohe Gut der Abendmahlsfeiern“. Er rief zugleich die Prädikanten dazu auf, damit entsprechend sorgsam umzugehen.

## Diskussion um Unterstützung für das Missionswerk

Thomas Müller begann seinen Bericht über das Missionswerk mit einem Rückblick. Er erinnerte an den Missionsgründer Ludwig Harms und seine Vision, den Glauben in die Welt zu tragen – auch ohne das nötige Geld zur Verfügung zu haben. Heute habe sich das Verständnis von Mission zu einem partnerschaftlichen Miteinander der Kirchen verändert.

Die Kürzung der Zuschüsse für das Missionswerk um 30 Prozent habe Umbrüche mit sich gebracht, die nicht jeder nachvollziehen konnte, sagte

Müller für den Ausschuss für Theologie, Kirche und Mission. Die Landeskirche brauche eine neue Vision von Mission. Konkret wurde der nächsten Landessynode mit auf den Weg gegeben, dem Missionswerk seine Arbeit als „Brücke in die Ökumene“ weiter zu ermöglichen.

Insbesondere die Förderung von Austauschprogrammen für Jugendliche wie „weltwärts“ oder auch ein Austausch von Pastorinnen und Pastoren der Partnerkirchen soll dabei im Blick sein. Angeregt wurde auch, wie-

der einen eigenen Ausschuss für die Themen „Mission und Ökumene“ in der Landessynode einzurichten. „Mission ist vom Auftrag der Kirche her ein zentrales Thema“, betonte Michael Thiel. Fritz Hasselhorn wies auf die zusätzliche finanzielle Belastung des Missionswerkes in Hermannsburg durch Aufwendungen für die Pensionskassen hin. Seinem Antrag folgend soll das Landeskirchenamt die Auswirkungen dieser Belastung zusammenstellen: „Dann kann man überlegen, ob man weiter handeln will.“

## Doppik läuft schleppend an

Bei der Einführung der Kaufmännischen oder Doppelten Buchführung (Doppik) in der Landeskirche knirscht es. Sie sei „teils geordnet, teils chaotisch, teils noch nicht angefangen“, bilanzierte Gerhard Tödter. Dennoch sei der Finanzausschuss der Meinung, „dass der Schritt zur Einführung der Doppik richtig bleibt.“

LKA-Vizepräsident Rolf Krämer sagte, eine Stärke der Doppik sei, dass sie das Vermögen und die Verpflichtungen der Kirche sichtbar mache. „Mit der kameralistischen Buchführung lässt sich das nicht deutlich genug darstellen.“

Jutta Kahle berichtete, in Cuxhaven sei die Doppik 2011 eingeführt worden. „Seitdem herrscht in der Verwaltung das Chaos.“ Die Vorteile der Doppik seien noch nicht deutlich geworden.

Marie-Luise Brümmer wies auf die vielen Ehrenamtlichen in den Gemeinden

hin: „Die gilt es mitzunehmen.“ Christian Castel regte an, erst die Ergebnisse aus den Pilot-Kirchenkreisen Bremerhaven und Hildesheimer-Land abzuwarten, bevor andere die Doppik einführen. Gerhard Tödter entgegnete aber, es müsse einen gewissen Druck geben, sonst lehnten sich einige zurück. „Das wollen wir nicht so gern.“ Michael Thiel aus Gifhorn sprach von „zwei Jahren Blindflug“. Gunda Dröge dagegen berichtete, in Meppen gebe es keine Probleme. Carsten Wydora aus Leer sagte, die Schwierigkeiten bei der Einführung seien unterschätzt worden. „Wir sind in ein Desaster hineingeraten.“ Ulrich Wöhler forderte eine Handreichung zur Doppik für Pastoren und Ehrenamtliche – sein Antrag wurde beschlossen. Begleitet durch Schulungen soll die Doppik bis 2019 flächendeckend eingeführt sein.

## Kirchenkreisämter verringern Ausgaben

Die Kirchenkreisämter haben nach vielen durch das Aktenstück Nr. 98 der 23. Landessynode angeregten Fusionen ihre Ausgaben verringert. „Vor allem der Einsatz von Kirchensteuermitteln für Verwaltungszwecke ist trotz einer zweistelligen Steigerung der tariflichen Entlohnung rückläufig“, sagte Fritz Hasselhorn. Im Gegenzug sei jedoch die Verwaltungskostenumlage für Einrichtungen und Träger gestiegen. Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Fusionen und einer Kostenersparnis lasse sich mit den vorhandenen Zahlen nicht belegen, erläuterte Hasselhorn weiter. „Mehr wäre schön gewesen, war aber nicht erreichbar.“

Einige Ämter sind nach dem Bericht des Ausschusses für Schwerpunkte

und Planung kirchlicher Arbeit inzwischen personell zu schlecht ausgestattet, um ihre Aufgaben angemessen bewältigen zu können.

Die Stellenreduzierung, die laut Aktenstück erzielt werden sollte, lasse sich in der vorgesehenen Weise nicht umsetzen. Die Bemessungen seien zu gering, sagte Carsten Wydora aus Leer. „Viel zu spät haben wir verstanden, dass die Fusion zweier Ämter intensiver Begleitung bedarf.“

Der Kirchenamtsleiter verwies auf die schwierige Lage der Ämter in strukturschwachen Regionen. Dort bräuchten die Kirchenkreise möglicherweise Unterstützung, um den Anteil aufzubringen, den sie im Fall einer Fusion leisten müssten.

## Kirchenmusik gefährdet

Die Kirchenmusik bereitet Sorgenfalten. „Es gilt, sorgenvoll hinzuschauen auf dieses Feld“, sagte Jörn Surborg vom Ausschuss für Öffentlichkeit, Medien und Kultur. Musik sei oft knapp finanziert, und es fehle an Nachwuchs. „Es besteht die Gefahr, dass mit dem Wegbrechen von Stellen das ganze System implodiert.“ Nebenamtliche bräuchten Begleitung durch Hauptamtliche.

Christian Castel betonte, Musik spreche Schichten der Seele an, die das Wort allein nicht erreiche. Christof Pannes plädierte für ein ausgewogenes Verhältnis von Tradition und Innovation. Ulrich Wöhler sagte, durch Musik würden ganze Teile der Gemeinde rekrutiert, die ohne sie wegbrächen. Rolf Bade ergänzte, die Begeisterung für Musik müsse schon bei Kindern und Jugendlichen geweckt werden.

## Auf dem Weg zum Jubiläum

LKA-Vizepräsident Arend de Vries stellte die Event-Planung für die nächsten Jahre vor. Mit Jahresbeginn 2014 werde das Thema „Reformation und Politik“ mit Beiträgen zu Staat und Kirche in einem Magazin aufgenommen. Zum Jahresthema gebe es Veranstaltungen in den Gemeinden und Kirchenkreisen. 2015 geht es dann um das Thema „Reformation – Bild und Bibel“. Für 2016 unter dem Motto „Reformation und die Eine-Welt“ wird im Januar eine Lenkungsgruppe eingesetzt. Im Jubiläumsjahr 2017 soll es einen „Stationenweg“ zur Reformation in Osna-brück, Celle und Wolfsburg geben. Für März sei ein Workshop mit Teilnehmern aus Kirche und Gesellschaft geplant.



Jörn Surborg (rechts) dankt Jürgen Schneider

## Internetauftritt ist gelungen

Der Internetauftritt der Landeskirche sei „mit seinen diversen Unterseiten erfolgreich in den Regelbetrieb überführt worden“, lautete ein Fazit des Ausschusses für Öffentlichkeit, Medien und Kultur. „Unser Internetauftritt kann sich im EKD-Vergleich sehen lassen“, sagte der Vorsitzende Jörn Surborg. Das Landeskirchenamt und das Evangelische MedienServiceZentrum (EMSZ) erhielten daher den Auftrag zu prüfen, wie die Internetarbeit weiter ausgebaut werden kann. Dazu gehöre auch, Richtlinien für die Nutzung von Social-Media-Netzwerken wie Facebook zu entwickeln. Immerhin seien dort rund 370 Kirchengemeinden vertreten, die professionelle Beratung benötigten. Die sozialen Netzwerke böten Chancen und Risiken, die abgewogen werden müssten, sagte Surborg und zitierte Christian Morgenstern: „Wir stehen an einem Ende, wir sind ein Anfang.“

## Ein echter „homo synodicus“

Mit persönlichen Geschenken und Dankesworten verabschiedete die Landessynode ihren Präsidenten Jürgen Schneider und Vizepräsidentin Sabine von Richthofen. „Du bist einer der prägenden und herausragenden Präsidenten der hannoverschen Landeskirche“, würdigte der LSA-Vorsitzende Jörn Surborg Jürgen Schneider, der das Amt neun Jahre lang innehatte. „Es ging und geht dir darum, die Landessynode stark zu machen, und daran hast du mit voller Kraft und Leidenschaft gearbeitet.“ Schneider, der sich auch in der Synode der Konföderation und als stellvertretendes Mitglied in der EKD-Synode engagiert, sei „ein echter homo synodicus“. Wencke Breyer hob die warmherzige Art hervor, mit der Sabine von Richtho-

fen die Synodentagungen geleitet habe: „Du nimmst jeden einzelnen Synodalen mit seinen Gaben wahr, steckst durch deine Fröhlichkeit andere an und hast dich selber nie in die erste Reihe gestellt.“ Sabine von Richthofen habe in ihren zwölf Jahren als Vizepräsidentin und 18 Jahren in der Landessynode die Kirche mitgestaltet. Jürgen Schneider erinnerte in seinen Abschiedsworten an Anekdoten, an „Sternstunden der niedersächsischen Kirchengeschichte“ und Meilensteine im Projektmanagement wie das Aktenstück Nr. 98 der 23. Landessynode. Er dankte für die gute Zusammenarbeit. Für die Zukunft wünschte sich Schneider eine noch bessere Wertschätzung des Engagements von Ehrenamtlichen in der Landeskirche.

Wenn Sie sich künftig nach jeder Tagung der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers über die Tagung informieren wollen und ein oder mehrere „beraten und beschlossen“ beziehen möchten, bestellen Sie dies bitte beim Lutherischen Verlagshaus GmbH, Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover, Telefon 0511/1241-736, Fax 0511/1241-705, E-Mail [synode@lvh.de](mailto:synode@lvh.de)

Herausgegeben im Auftrag der  
24. Landessynode der Evangelisch-  
lutherischen Landeskirche Hannovers vom  
Lutherischen Verlagshaus GmbH, Hannover,  
Knochenhauerstraße 38/40, 30159 Hannover

Redaktion:

Ulrike Millhahn (verantwortlich)

Michael Grau, Karen Miether,

Charlotte Morgenthal

Gestaltung und Layout: Marc Vogelsang,

Martina Rosenwirth

Lutherisches Verlagshaus

Fotos: Jens Schulze

Druck: Steppat Druck GmbH, Laatzen

Unter Mitwirkung der  
Öffentlichkeitsbeauftragten  
[www.synode.landeskirche-hannovers.de](http://www.synode.landeskirche-hannovers.de)